



Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wko1@bundestag.de

Berlin, 18. Juni 2019

Pressemitteilung

Corona Ausbruch bei Tönnies in Gütersloh

Zum Corona-Ausbruch in der Schlachtfabrik von Tönnies in Gütersloh erklären **Friedrich Ostendorff**, Sprecher für Agrarpolitik, und **Beate Müller-Gemmeke**, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik:

Der Corona-Ausbruch bei Tönnies hat verheerende Folgen für die erkrankten Menschen, aber auch für den gesamten Kreis Gütersloh. Die Zahl der Infizierten steigt rasant. Für das knallharte Geschäftsmodell der Firma Tönnies bezahlen die Beschäftigten im Schlachthof den Preis. Die oft aus Rumänien und Bulgarien stammenden Beschäftigten schufteten zu kargem Lohn in den Fabriken. Sie sind oft bei zwielichtigen Subunternehmen beschäftigt und in unzumutbaren, überbeuerten Unterkünften beherbergt. Dass es zuvor bei Tönnies über Wochen fast keine Infizierten gegeben haben soll, ist vor dem Hintergrund dieser erschreckenden Zahlen unglaubwürdig.

Die Menschen im Landkreis Gütersloh bezahlen das Fehlverhalten von Tönnies mit Schul- und Kitaschließungen. Diese Maßnahme stellt vor allem die Frauen und Kinder wieder vor große Herausforderungen. Das angeblich so gute Hygienekonzept des Unternehmens hat vollständig versagt. Die Arbeit unter diesen Bedingungen ist nicht tragbar.

Angesichts der 7000 Menschen in Quarantäne muss Tönnies jetzt endlich für angemessene Quarantänebedingungen der Beschäftigten aus Osteuropa sorgen. Es ist davon auszugehen, dass die aktuelle Unterbringung der Werkvertragsbeschäftigten nicht geeignet ist, um das Infektionsgeschehen zu stoppen. Daher muss Tönnies schnellstmöglich alternative Unterkünfte bereitstellen, die den Ansprüchen der aktuellen Situation genügen. Diese Verantwortung darf nicht an die Werkvertragsunternehmen abgegeben werden, die mit ihren intransparenten Verflechtungen nicht in der Lage sind, diese Krise zu bewältigen.

Die Firma Tönnies rechtfertigt ihr Vollversagen jetzt wieder mit einer angeblich drohenden Versorgungslücke von Wurst und Fleisch und der Systemrelevanz der Fleischindustrie. Diese Argumentation ist bizarr, Billigfleisch ist nicht systemrelevant. Die stets wiederholte Zahl von 20 Prozent Anteil an der Fleischversorgung in den Supermärkten bezieht sich auf die gesamte Produktion von Tönnies in Deutschland, nicht allein auf das Werk in Rheda-Wiedenbrück. Die Schließung des Werks bedeutet nicht gleich eine Versorgungslücke mit Fleischprodukten. Die Gesundheit der Beschäftigten und der Menschen im Landkreis müssen jetzt uneingeschränkt im Fokus stehen. Das Werk darf nicht vorschnell wieder geöffnet werden, nur um die Produktionsausfälle des Unternehmens möglichst klein zu halten.

Die hemmungslose Ausbeutung der Beschäftigten in der Fleischindustrie muss endlich beendet werden. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil muss liefern und schnellstmöglich das Werkvertragsunwesen in der Fleischbranche beenden. Wir brauchen keine Ankündigungen von Minister Heil, sondern einen Gesetzentwurf zum Verbot von Werkverträgen. Die Beschäftigten müssen direkt bei den Betreibern der Schlachthöfe angestellt und es müssen menschenwürdige Wohnverhältnisse geschaffen werden.